

PRINT

## Gifte für die Ewigkeit

VON WOLFGANG MESSNER UND LARS-MARTEN NAGEL AUS GRENZACH-WYHLEN

vor 1 Tag



**In der Kesslergrube am Rhein lagern 15.000 Tonnen gefährlichen Chemiemülls. Obwohl das Gift ins Grundwasser sickert, darf es dort bleiben. So wie die 320.000 Altlasten an anderen Stellen in Deutschland auch**

Das kleine Städtchen Grenzach-Wyhlen könnte ein süddeutsches Paradies sein: Hier stoßen die südlichen Ausläufer des Schwarzwaldes an das Naturschutzgebiet Altrhein. In der Nähe liegt der traditionsreiche Hornfels, einer der südlichsten Weinberge Deutschlands. Doch das harmonische Bild ist trügerisch. Direkt am Ufer, wo der dunkelblaue Rhein dahinströmt und im Ufergestrüpp die Vögel brüten, scharrt Peter Donath mit dem Fuß im Geröll. "Wer hier nur einen halben Meter tief gräbt, landet im Gift", sagt er.

Der 72 Jahre alte Mitstreiter der örtlichen Bürgerinitiative kann die Stoffe aus dem Kopf aufsagen, die hier im Boden der sogenannten Kesslergrube schlummern: Ammonium, das Fische tötet. Chlorbenzole, die Krebs erregen können. Das Schwermetall Arsen, das Tumoren in Lunge und Leber verursacht. All das haben die Behörden in hohen Konzentrationen im Grundwasser nachgewiesen.

Wie viel Chemiemüll insgesamt in der Kesslergrube vergraben ist, weiß niemand. Schätzungen gehen von mindestens 15.000 Tonnen aus, es könnte leicht das Doppelte bis Dreifache sein. In den 50er-Jahren hatte die Industrie Lösungsmittel, Galvanikschlämme und Schwermetalle abgekippt. Oft in ganzen Fässern, mit tonnenweise Hausmüll zugeschüttet. Damals hielt man das für fortschrittlich, weil das Gift nicht mehr direkt in den Rhein eingeleitet wurde. Heute muss das Areal dringend saniert werden. Nur wie das passieren soll, darüber ist ein erbitterter Streit entbrannt.

Was sich hier am südlichsten Zipfel der Bundesrepublik abspielt, könnte auch in Tausenden anderen deutschen Städten drohen. Giftige Chemiehalde wie die in Grenzach-Wyhlen sind ein gern verschwiegener Teil des Aufschwungs, den [Deutschland](#) seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Die Industrialisierung verhalf der Bundesrepublik zu enormem Wohlstand, doch sie hat ihr auch ein toxisches Erbe hinterlassen: Rund 320.000 Altlasten-Verdachtsfälle gibt es – Relikte von großen Unternehmen wie dem ehemaligen DDR-Chemiekombinat Bitterfeld genauso wie die Abfälle von Tankstellen oder chemischen Reinigungen. Und nach Schätzungen des Bundesumweltamts muss jede zehnte Lagerstätte saniert werden.

"Das Gift muss raus", sagt Bürgerrechtler Donath. Dabei ist der Rentner kein Öko-Fundamentalist. Viele Jahre flog er im Auftrag des schweizerischen Chemiekonzerns Ciba



Umwelt. Das Gift könnte verbrannt werden, fordert er. Aber da machen die nicht mit.

"Die", das ist der Chemiekonzern BASF, der 2009 den Konkurrenten Ciba übernommen hat – und damit die Verantwortung für einen großen Teil der Kesslergrube. Schon seit Jahren hatte sich angekündigt, dass die Deponie aufwendig erneuert werden muss. 1988 begannen die Behörden zu prüfen, zu messen, zu analysieren. Doch der deutsche Amtsschimmel ist kein Rennpferd. Erst 2011 erfolgte die finale Anordnung. "Es ist nicht zu spät", heißt es aus dem Landratsamt im Lörrach. Das vergiftete Grundwasser wird zurzeit von einem Industriebrunnen abgesaugt. Erst wenn der eines Tages abgeschaltet wird, landet das Gift unwiederbringlich im Rhein.

Dennoch scheint es, als würde die BASF das bisherige Provisorium nur durch ein Neues ersetzen. BASF-Manager Livio Ulmann bestreitet das. Der Manager mit dem Igelhaarschnitt erklärt vor Ort, was seinem Konzern vorschwebt. Die Oberfläche der Grube werde mit einer mehrschichtigen Abdichtung versehen, damit kein Wasser eindringen könne. "Dann bauen wir eine 815 Meter lange und bis zu 31 Meter tiefe unterirdische Dichtwand", sagt er. Nach unten verhindere ein Felsen aus Muschelkalk den Abfluss. Pumpen sollen einen Unterdruck erzeugen, sodass innerhalb der Dichtwand kontaminiertes Grundwasser auch in Zukunft in eine Reinigungsanlage fließt. Seine Meinung: Die Bürgerinitiative macht es sich mit ihrer Kritik zu einfach.

Fakt ist: Was BASF vorhat, ist verglichen mit einer Komplettentsorgung des verseuchten Bodens zum Schnäppchenpreis zu haben. 28 Millionen Euro will der Konzern ausgeben – ohne dabei den Müll zu beseitigen. "Ich kann nicht verstehen, dass ein Konzern mit einem Jahresüberschuss von mehr als fünf Milliarden Euro das Altlastenproblem in unbestimmte Zukunft verschiebt", kritisiert Donath. 13.000 Jahre dauere es, bis die Stoffe abgebaut seien, rechnet er vor. "So lange hält keine Abkapselung." Für ihn und die Bürgerinitiative ist es, als solle die Zeitbombe nicht entschärft, sondern einfach nur die Zündung um ein paar Jahrzehnte verzögert werden.

Dabei entspricht das Sanierungskonzept des Konzerns dem deutschen Bodenschutzrecht. Demnach müssen Altlasten nicht vollständig beseitigt werden. Im Sinne des Bodenschutzes reicht es aus Sicht des Gesetzgebers aus, dass der Weg des Giftes zum Menschen dauerhaft unterbrochen wird. Die BASF erreicht das mit den neuen Pumpen.

Doch nur ein paar Meter weiter zieht ein anderer Milliardenkonzern, wie es gründlicher geht. Dem Schweizer Pharma-Hersteller Roche gehört ebenfalls ein Teil der Kesslergrube. Der ist ungefähr halb so groß ist wie der Teil der BASF. Anders als der deutsche Chemieriese hat Roche in puncto Altlastenentsorgung zum Rundumschlag ausgeholt. Für rund 240 Millionen Euro will das Unternehmen das verseuchte Erdreich ausheben, thermisch behandeln und entsorgen lassen. Insgesamt müssen 300.000 Tonnen bewegt werden, was dem Gewicht von drei Golden-Gate-Brücken entspricht. Ein Schiffsanleger soll gebaut werden, eine Leichtmetallhalle die Grabungen abkapseln. Roche sei auf alle Risiken vorbereitet, sagt Chefsanierer Richard Hürzeler, auch auf Explosionen oder giftige Gase.

Eine Grube, zwei Sanierungskonzepte – die im einen Fall 28 Millionen Euro, im anderen Fall das Achtfache kosten sollen? Die Kesslergrube ist ein Lehrstück für den widersprüchlichen Umgang der Deutschen mit industriellen Altlasten.

Man könne BASF keinen Vorwurf machen, das Unternehmen halte sich an die Gesetze, sagt Jörg



gefordert ist der deutsche Gesetzgeber. Der wiederum möchte sich nicht festlegen. Eine Änderung des Bundes-Bodenschutzgesetzes sei nicht geplant, teilt das Umweltministerium in [Berlin](#) mit. Es würden derzeit auch keine Mittel aufgewendet, "um die Debatte über einen Vergleich zwischen Sicherung und Dekontaminierung zu fördern." Der Einzelfall sei entscheidend. Und es gebe auch Argumente gegen Vollsanierungen: die Energiekosten, um Boden zu reinigen, oder Gefahren beim Transport.

Das mag sein, aber dass die Politik das Thema scheut, dürfte vielmehr mit den enormen Kosten zu tun haben. Würden Firmen per Gesetz zu Vollsanierungen verpflichtet, dürfte das Milliarden kosten. Dann geht es um Arbeitsplätze, vielleicht sogar um Standorte. Auch der Steuerzahler könnte zur Kasse gebeten werden, denn einige Altlastenverursacher sind längst pleite. Das Chemiegift ist politisch explosiv.

Dennoch wird sich die Politik auf Dauer nicht drücken können, denn in Zukunft ist mit Tausenden weiteren Sanierungen zu rechnen. Laut Statistik des Bundesumweltamtes haben die Behörden bislang erst bei rund 100.000 Altlasten-Verdachtsfällen eine "Gefährdungsabschätzung" vorgenommen. Das heißt: Zwei Drittel der Altlasten müssen erst noch abschließend untersucht werden.

Eine geheime Inventurliste des Ciba-Konzerns von 1990 lässt erahnen, auf welcher Giftbombe Deutschland sitzt. In dem Papier, das der "Welt am Sonntag" vorliegt, sind die Altlasten eines einzigen Chemiewerks aufgeführt. Es ist ein Dokument der Ahnungslosigkeit oder des Nichtwissen-Wollens: An dreizehn Stellen in Deutschland, [Frankreich](#) und in der [Schweiz](#) hat das Werk Giftmüll abgeladen. Präzise Angaben, welche Giftstoffe im Boden schlummern, sucht man indes oft vergebens: "Ablagerungen nicht belegt", "Zeitraum nicht genau bekannt", heißt es gleich mehrfach. An anderer Stelle steht schlicht: "[Nordsee](#)/Atlantikgraben, 1972, ca. 1000 Fass." Was da versenkt wurde? Man weiß es nicht.

Das Werk belieferte auch die schweizerischen Sondermülllager in Kölliken und Bonfol sowie die größte Untertagedeponie der Welt: In einem ehemaligen Salzbergwerk im hessischen Ort Herfa-Neurode lagern heute mehr als 2,7 Millionen Tonnen Müll – darunter Quecksilber- und Cyanid-Abfälle. Wenn nur eine einzige Fabrik ihr Gift in solch einem Umfang verteilen ließ, lässt sich ausmalen, was in den 50er- und 60er-Jahren im Umfeld der großen deutschen Chemie-Standorte passiert ist. Experten gehen davon aus, dass selbst alte Bombentrichter gefüllt wurden, um das Chemiemüllproblem aus der Welt zu schaffen.

Gelöst war es damit aber längst nicht, wie das Beispiel Grenzach-Wyhlen zeigt. Die Gemeinde hat sich auf die Seite der Bürgerprotestler gestellt. Der Bürgermeister Tobias Benz ist 33 Jahre alt, erst seit Dezember im Amt, doch die Grube beschäftigt ihn schon seit seinem zweiten Arbeitstag. "Wir haben Widerspruch eingelegt", sagt er. Notfalls wolle sich die Gemeinde auch per Klage gegen den BASF-Plan wehren. Der Ortsvorsteher bemüht sich um ein faires Bild. Natürlich dürfe man nicht vergessen, dass Grenzach-Wyhlen von der Gewerbesteuer der Betriebe jahrelang gut gelebt habe, sagt er und zählt auf: Hallenbad, drei kommunale Kindergärten, vier Sporthallen – das sei die Infrastruktur einer doppelt so großen Stadt.

Trotzdem verstehen die Menschen in Grenzach-Wyhlen eines nicht: warum an ein und demselben Standort ein Konzern mehr Geld gibt, als er qua Gesetz müsste, während der andere



PRINT



vonständigen Aushub auf einen Imagegewinn. Der Pharma-Hersteller muss Ärzte und Patienten von seinen Medikamenten überzeugen – anders als der Chemieriese BASF, der hauptsächlich als Zulieferer für andere Unternehmen fungiert. Ein Image als Giftschleuder wäre für Roche kontraproduktiv. Hinzu kommt wirtschaftliches Kalkül: Ist die Giftquelle bereinigt, fallen nie wieder Kosten an, das Grundstück ist sauber. Vielleicht liegt dem Roche-Management der Baseler Großraum auch stärker am Herzen, weil es die Heimat des Unternehmens ist.

Die BASF wiederum kommt aus Ludwigshafen. Der Konzern hat weltweit 113.000 Mitarbeiter, aber nur wenige in Grenzach-Wyhlen. Auch ist der BASF-Teil der Grube mit einem Klärwerk bebaut, das für Grabungen abgerissen werden müsste. Manager Ulmann sagt, sie hätten hier weniger Schadstoffe gemessen als im Roche-Bereich. Warum sollte der Konzern also mehr tun, als gesetzlich vorgeschrieben ist?

Im Nachbarland Schweiz ist die Gesetzeslage zwar vergleichbar, dennoch setzt es seit einigen Jahren resolut auf Vollsanierung. Die schweizerische Öffentlichkeit hat eine besondere Sensibilität entwickelt, wenn es um toxische Rückstände geht. Der Grund dafür ist von der Kesslergrube aus fast zu sehen. Auf der anderen Rheinseite liegt der Schauplatz der Urkatastrophe der schweizerischen Chemie-Industrie. Am 1. November 1986 brannten 1350 Tonnen Chemikalien im Sandoz-Werk "Schweizerhalle". Das verseuchte Löschwasser ließ auf Monate hinweg die Fische im Rhein sterben. Es war ein Schockmoment für die Bevölkerung, ein Öko-9/11.

Aufgrund des Problembewusstseins lassen sich in der Schweiz gigantische Aushubsanierungen durchsetzen – trotz immenser Kosten für Industrie und Steuerzahler. In Kölliken im Kanton Aargau wurde dazu vor Jahren eine der größten Hallen Europas errichtet. Bagger tragen hier eine halbe Milliarde Tonnen verseuchtes Erdreich ab. Die Sanierung kostet 700 Millionen Schweizer Franken (665 Millionen Euro). Angesichts solcher Summen wird nachvollziehbar, warum Politik und Chemiekonzerne hierzulande Vollsanierungen lieber vor sich herschieben.

Andererseits wirkt das Beharren der BASF widersprüchlich, weil der Konzern an einer anderen teuren Aushubsanierung beteiligt ist. Im schweizerischen Bonfol graben Roboter eine Tongrube mit Giftmüll aus. Dort bringt der Konzern als Ciba-Nachfolger 160 Millionen Franken (152 Millionen Euro) auf – viel mehr als für die Kesslergrube. Jede Sanierung sei eine Einzelfallentscheidung, sagt das Unternehmen dazu.

Der Ex-Ciba-Manager Peter Donath hat eine eigene Theorie: "Die Beseitigung der Ciba-Altlasten wird viel teurer als ursprünglich geplant." Laut Geschäftsbericht hatte BASF 221 Millionen Euro für sie zurückgestellt, insbesondere für Sanierungspflichten "in der Schweiz und in den USA". Von der deutschen Rheinseite oder der Kesslergrube steht dort nichts. Der Konzern möchte dazu festhalten, "dass gemäß den gesetzlichen Vorgaben Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet worden sind und jeweils bei neuen Erkenntnissen angepasst wurden".

TEILEN SIE DIESEN ARTIKEL

